



Bündnis gegen Altersarmut

Online-Veranstaltung zur Landtagswahl

2. Februar 2021

Gestellte Fragen und Wünsche der Teilnehmer*innen während der Veranstaltung und die im Nachgang eingegangenen Antworten der Parteien:

Fragen zum Thema Armut/Altersarmut

Bereits heute ist jeder fünfte ältere Mensch in Baden-Württemberg von Armut bedroht. Mangel an Selbstbestimmung und Teilhabe sind die Folge.

Frage: Wie planen Sie das Thema Altersarmut in der kommenden Legislaturperiode auf Landesebene stärker zu priorisieren und welchen konkreten Beitrag werden Sie leisten, um gemeinsam mit den Kommunen die Lebens- und Bedarfslage der akut von Altersarmut Betroffenen vor Ort zu verbessern?

Antwort:

SPD: Zunächst einmal ist der Mangel an bezahlbarem Wohnraum für Menschen mit wenig Einkommen/Rente ein hohes Risiko, noch weiter in die Armut abzurutschen. Wir als SPD wollen bis 2026 500.000 neue, bezahlbare Wohnungen bauen und die Sozialbindung langfristig bis auf 60 Jahre ausweiten. Dann wollen wir uns als Landespartei dafür stark machen, dass die Pflegeversicherung zu einer Bürgerversicherung umgebaut wird damit Pflege nicht im Alter zu einem Armutsrisiko führt.

FDP: Armut ist ein ernstes Problem. Wir setzen auf die Stärkung der betrieblichen und privaten Vorsorge. Daneben braucht es passgenaue Hilfen vor Ort, wie sie beispielsweise durch Tafelläden geleistet werden. Die Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements trägt dazu bei, dass sich jeder unabhängig von seinem Geldbeutel einbringen kann, hierbei Sinnstiftendes erfährt und es gerade nicht um kostenintensive Hobbys geht. Die Quartiersentwicklung kann zudem niederschwellige Begegnungs- und Teilhabestätten zum Gegenstand haben, so dass jeder gerne in seiner Umgebung lebt. Angebote der Seniorenbetreuung oder strukturierte Freizeitangebote können weitere sinnvolle Angebote sein und verdienen Unterstützung.

DIE LINKE: Um auf Dauer Armut zu verhindern ist es notwendig einen landesweiten Mindestlohn festzulegen (andere Bundesländer machen das), der zurzeit mindestens 13 Euro betragen müsste und jährlich angepasst werden muss. Sachgrundlose Befristungen und Leiharbeit können im öffentlichen Dienst sofort beendet werden und durch unbefristete, tariflich bezahlte Arbeit ersetzt werden.

Ältere Menschen müssen so lange wie möglich selbstbestimmt leben können, dazu gehört eine bezahlbare Wohnung, altersgerecht und barrierefrei sowie Wohnformen wie



Stopp Altersarmut
 Bündnis gegen Altersarmut
 in Baden-Württemberg

Mehrgenerationenhäuser; eine wohnortnahe ärztliche Versorgung und Begegnungs- und Beratungsangebote in Städten aber auch im ländlichen Raum; ein kombinierbares Mobilitätsangebot mit Bring- und Hol-Diensten, Ruf-Taxis, Bus und Bahn. Die Belange von Frauen, die am stärksten von Altersarmut betroffen sind müssen gesondert aufgegriffen werden.

Zu hohe Armut im Land stört den sozialen Frieden, das sollte immer im Fokus sein! Ich bin seit über 40 Jahren politisch interessiert, aber in keiner Partei aktiv. Seit über 30 Jahren hat sich sehr wenig bewegt. Diese Themen kommen immer nur vor den Wahlen wieder auf die Tagesordnung. Leider wird nur geredet, geändert hat sich kaum was.
Frage: Warum sollte ich gerade bei dieser Wahl daran glauben, dass sich zu diesen Themen was bewegt?

Antwort:
 SPD: In der Tat haben arme Menschen keine Lobby. Es gibt vermeintlich immer wichtigere Themen. Für mich als Sozialpolitikerin kommt aber immer der Mensch zuerst. Die Gründe, warum Menschen arm werden und sind, kennt man. Ein höherer Mindestlohn, bezahlbares Wohnen, gebührenfreie Kitas als Entlastung für Familien, Ausbau von Passiv-Aktiv Tausch im Bereich von Langzeitarbeitslosen, ein Recht auf Weiterbildung um den rasanten Veränderungen in der Arbeitswelt standhalten zu können, Ausbau von Ganztagesangeboten für Kinder damit Eltern auch einer Erwerbstätigkeit nachkommen können, Entlastung bei der Betreuung von pflegebedürftigen Angehörigen um die Nachteile bei der Rente durch die veränderte Erwerbstätigkeit abzufedern - das alles sind Maßnahmen die präventiv Armut verhindern können.

FDP: Wir Freien Demokraten treten beständig für die Stärkung der betrieblichen und privaten Vorsorge ein. Darüber hinaus wollen wir durch eine wachstumsorientierte Zukunftspolitik die Werte schaffen, die es einem Sozialstaat überhaupt erst ermöglicht, wirksame Leistungen zur Abfederung von Härten und zur Teilhabe zu finanzieren.

DIE LINKE: Im Landtag von Baden-Württemberg sind wir als LINKE bisher nicht vertreten. Im Bundestag haben wir gezeigt, dass wir uns schwerpunktmäßig um die Belange von abhängig Beschäftigten, Erwerbslosen, Rentner*innen und Kindern kümmern. Z.B. haben wir neben ver.di im Bundestag die Forderung nach einem Mindestlohn eingebracht, damals von 10 Euro. Heute ist das viel zu wenig. So wie wir bereits in vielen Kommunen einiges bewegt haben, wie z.B. Sozialtickets, besseren ÖPNV. Wir werden unsere Positionen in den Landtag einbringen. Dazu werden wir Betroffenen, sozialen Bewegungen und Gewerkschaften mit einbeziehen.



Seit Jahrzehnten wurde von vielen Einzelpersonen und Organisationen auf die heute hier angesprochenen Probleme und den daraus resultierenden Folgen (Armut, Kinderarmut, Altersarmut) hingewiesen. Es wurde gesprochen, gesprochen und nochmals gesprochen, aber geschehen ist viel zu wenig, so dass nun nach Jahren die Probleme faktisch weiter angewachsen sind.

Frage: Wie lange sollen wir, die Bevölkerung, da noch stillhalten? Erkennen Sie nicht, wie enttäuscht und auch wütend ein großer Teil dieser Bevölkerung bereits ist?

Antwort:

SPD: Die grün-rote Landesregierung kann von 2011 bis 2016 auf Betreiben der SPD erstmalig in Baden-Württemberg einen Armuts- und Reichtumsbericht erstellt. Damals gab es bei der Opposition aus CDU und FDP viel Unverständnis und die Frage, warum man in einem reichen Bundesland wie Baden-Württemberg so etwas braucht. Die Ergebnisse waren für uns dann nicht überraschend. Armut ist vor allem weiblich. Kinder stellen ein hohes Armutsrisiko dar und kleine Renten führen zu extremer Altersarmut. Der Bericht erschien 2015, leider gab es 2016 einen Regierungswechsel und das Thema wurde nicht mehr diskutiert.

FDP: Wir verstehen diesen Ärger und er befeuert uns, noch nachdrücklicher für unsere Ansätze zu werben (s.o.)

DIE LINKE: Ja wir sehen diese Enttäuschung und auch Wut, oft auch Resignation (es wird ja doch nichts gemacht). Wir treten zur Landtagswahl an, weil wir genau das auch sehen und weil sich endlich etwas ändern muss. Im Landtag fehlt eine konsequente linke Partei, die die Probleme anspricht und schnellstens anpackt und die auch zur Durchsetzung mobilisieren kann. Wir brauchen nicht nur Druck im Parlament, wir brauchen auch Druck auf der Straße.

Forderungen, Wünsche:

Elternarmut ist Kinderarmut! Kinderarmut ist Elternarmut!
 Es reicht nicht aus, nur für die Kinder etwas zu tun. Solange die Eltern weiterhin arm sind und quasi ums Überleben (Hartz IV reicht nicht aus) kämpfen müssen, solange sind die Rahmenbedingungen für die Kinder weiterhin nicht ausreichend für eine nachhaltige Verbesserung, da sie ja weiterhin zu Hause und zusammen mit ihren Eltern wohnen werden. Und von daher muss man dringend und unbedingt die Eltern mit ins Boot holen, und sie finanziell, bildungsmäßig und wohnungsmäßig so ausstatten, so dass sie ihren Kindern entsprechend behilflich und auch Vorbild sein können! Die meisten Eltern wollen das Beste für ihre Kinder! Deshalb: gleichzeitig den Kindern und den Eltern helfen!

Antwort:

SPD: Wir wollen deutlich mehr in die Schaffung bezahlbaren Wohnraumes investieren, mehr Ganztagsbetreuung und kostenlose Kitas. Das entlastet die Familien. Bildung für Eltern? Es ist die freie Entfaltung des eigenen Lebensmodells ob ich mich bilden möchte oder nicht. Der Staat kann nur Angebote machen. In der Legislaturperiode 2011 bis 2016 wurde auf



Betreiben der SPD die sogenannte Teilzeitausbildung geschaffen. Diese richtete sich an junge Mütter ohne Ausbildung. Gerade diese Frauen sind extrem von Armut bedroht. Dieses Programm wird gut angenommen, müsste aber deutlich ausgeweitet werden.

FDP: Wir verfolgen einen umfassenden Ansatz, der bei der frühkindlichen Bildung beginnt und bei der Weiterqualifizierung – beispielsweise Ausbildung in Teilzeit – noch lange nicht endet. Wir wollen das soziale Sicherungssystem als Sprungnetz gestalten, der es den Menschen wieder ermöglicht, selbst für ihr Auskommen zu sorgen.

DIE LINKE: Ja auf jeden Fall. Hartz IV muss zu einer sanktionsfreien Grundsicherung werden, die höher ist als bisher. Für Kinder muss es eine eigenständige Grundsicherung geben. Und es muss auch Unterstützung in den Kommunen geben, die durch das Land finanziert werden.

Fragen zu Alterssicherung/Rente:

Frage: Mich würde interessieren, ob zumindest mittel- oder langfristig eine echte Rentenreform in Planung ist?

Kriterien für eine echte Rentenreform wären:

Alle Erwerbseinkommen müssen einzahlen, auch Politiker, Selbständige, Beamte....

Die Kürzungsfaktoren der gesetzlichen Rente müssen gestrichen werden und das Rentenniveau auf die bis 2004 geltenden 53% angehoben werden.

Erhöhung der Mindestlöhne (Lt. Bundesversicherung muss man 45 Jahre in Vollzeit arbeiten, um eine Rente in Höhe der heutigen Grundsicherung zu bekommen)

In Österreich erhält der Durchschnittsrentner 800 Euro mehr Rente als in Deutschland.

Arbeitgeber zahlen dort 12,55 % und Arbeitnehmer 10,25% in die RV ein, ohne dass die Wirtschaft zusammenbricht.

Antwort:

SPD: Die SPD hat 2019 dazu ein Sozialstaatspapier auf dem Bundesparteitag beschlossen. Hierbei soll das weitere Absenken des Rentenniveaus umgehend gestoppt und bis 2030 mindestens auf dem aktuellen Stand von 48% stabilisiert werden. Der paritätische Beitrag soll nicht über 22 % steigen. Nicht versicherte Selbstständige sollen in die Rentenversicherung mit einbezogen werden. Aktuell arbeitet die SPD an einem neuen Rentenkonzept worin es auch um die Finanzierung geht. Grundsätzlich bekennt sich die Partei aber dazu, das die Basis der Einzahler deutlich erweitert werden muss.

FDP: Die Einbeziehung bisher nicht in der gesetzlichen Rentenversicherung einbezogener Personen ist kein langfristig tragfähiger Ansatz. Wegen des Äquivalenzprinzips folgen höheren Einzahlungen auch höhere Ansprüche.



DIE LINKE: Dies sind genau unsere Positionen. Wir fordern schon seit Jahren ein gesetzliches Rentensystem für alle Erwerbstätigen, die dann ihren Beitrag auch vom gesamten Einkommen bezahlen. Die Renten Kürzungen müssen zurückgenommen werden. Wir wollen eine solidarische Mindestrente von 1200 Euro. Der Mindestlohn muss mind. auf 13 Euro angehoben werden. Auch ein Modell wie in Österreich muss in die Überlegungen mit einbezogen werden.

Frage: Kann nicht das Schweizer-Modell hinsichtlich Rente bei uns eingeführt werden?

Antwort:

SPD: Auch das Schweizer Modell ist nicht perfekt. Es ist ebenso wenig demografiefest wie das deutsche System. Es gibt aber auch andere Länder wie Österreich und die Niederlande, die durchaus interessante Modelle haben.

Einen Paradigmenwechsel unseres bisherigen Systems muss wohlüberlegt sein, er ist aber dringend notwendig.

FDP: Diese Frage betrifft ausschließlich Bundesrecht und wird bei der Landtagswahl nicht entschieden. Es gilt das bereits gesagte. Zudem begegnet die Aufhebung der Beitragsbemessungsgrenze verfassungsrechtlichen Bedenken.

DIE LINKE: Auch dieses Modell sollte bei einer Änderung in Richtung Alle bezahlen von ihrem gesamten Einkommen ein mit in die Überlegungen einbezogen werden.

Frage: Wäre es ein gangbarer Weg, einen Zusatzbeitrag für die Rente, in der Art eines Zusatzbeitrages (wie in der gesetzl. Krankenversicherung) für Arbeitnehmer zu schaffen? Zumindest die Möglichkeit einer (freiwilligen) Einzahlung? Wäre es des Weiteren eine Überlegung, die Arbeitgeber ab einer Gewinngrenze X auch an einer zusätzlichen Einzahlung ins Rentenkonto zu beteiligen? In Österreich zum Beispiel ist es ja so, dass Arbeitgeber weit höhere Beiträge leisten wie hierzulande.

Antwort:

SPD: Das wäre sicher eine Überlegung wert.

FDP: Wegen des Äquivalenzprinzips müssen höhere Beiträge mit späteren höheren Leistungen einhergehen. Es wäre langfristig nichts gewonnen.

DIE LINKE: Selbst einbezahlen geht heute zwar auch schon, bringt aber meist nicht den gewünschten Effekt. Besser wäre es, wenn die Riester-Rente (4 %) wieder abgeschafft würde und dieses Geld dann paritätisch Arbeitgeber/Arbeitnehmer einbezahlt würde. Wenn, wie wir ja vorschlagen, alle Erwerbstätigen mit ihren gesamten Einkommen in die gesetzliche



Stopp Altersarmut
 Bündnis gegen Altersarmut
 in Baden-Württemberg

Rentenversicherung einbezahlen würden, wäre es für alle günstiger. Es darf nicht passieren, dass unsere Rentenbeiträge privatisiert werden und Allianz und Co. die Gewinne an den Aktienmärkten erzielen oder auch nicht. Gesetzliche Renten sind immer noch das beste Instrument Altersarmut zu vermeiden und das System unterliegt einer demokratischen Kontrolle.

Frage: Welche Partei setzt sich dafür ein, dass die Nachbesteuerung der Renten abgeschafft wird oder die Freibeträge erhöht werden?

Antwort:

SPD: Die sogenannte nachgelagerte Besteuerung ist in der aktuellen Form sehr wahrscheinlich verfassungswidrig. Deshalb muss man hier abwarten, wie sich das entwickelt. Fakt ist aber, dass erwerbstätige Menschen bei den Rentenbeiträgen entlastet werden und daher erst in der Rente dafür Steuern zahlen. Hier ergibt sich damit das Problem, dass die Renten zunehmend besteuert werden, während Rentenbeiträge zunehmend von der Steuer abgesetzt werden können.

FDP: Es war eine bewusste Entscheidung einer früheren Rentenreform, die laufende Beitragszahlung schrittweise steuerlich berücksichtigungsfähig zu machen und im Gegenzug den Rentenbezug steuerpflichtig.

DIE LINKE: DIE LINKE lehnt eine Nachbesteuerung von Renten ab.

Deutschland fördert gegen die Altersarmut die private Vorsorge (zur Freude der Versicherungen und Banken), zum Beispiel:
 Wer zur Vorsorge eine Wohnung kauft, um später Mieteinnahmen zu haben, zahlt dafür Einkommensteuer und wer zur Vorsorge Aktien kauft (Vorschlag von Friedrich Merz, CDU), zahlt?
 Wer zur Vorsorge eine Betriebsrente "anspart", muss sie später versteuern und es werden zusätzlich für die Kranken- und Pflegeversicherung fast 20% abgezogen!
 Dass (nur) bei dieser Vorsorgeart die KV- und PV- Beiträge anfallen - und zudem noch die vollen - , finde ich sehr ungerecht!

Frage: Warum werden die privaten Vorsorgearten so unterschiedlich behandelt?

Antwort:

SPD: Die Bundespartei hat beschlossen das Betriebsrentner*innen künftig entlastet werden sollen. Mit der Einführung der Grundrente wurde auch eine Regelung für die hohen Krankenkassenbeiträge beschlossen.



Stopp Altersarmut
 Bündnis gegen Altersarmut
 in Baden-Württemberg

FDP: Die Freien Demokraten setzen sich gegen die sogenannte Doppelverbeitragung bei Betriebsrenten, die durch die damalige rot-grüne Bundesregierung mit dem Gesundheitsmodernisierungsgesetz geschaffen wurde, ein.

DIE LINKE: Weil es eine starke Lobby für private Vorsorgearten gibt. Wir wollen die Riester-Rente wieder abschaffen. Wir sagen: wir brauchen eine gesetzliche Renten-, Kranken-, Pflege- und Arbeitslosenversicherung für Alle. Dort müssen alle entsprechend ihren gesamten Einkommen einbezahlen. Das gilt dann auch für Freiberufler, Beamt*innen, Abgeordneten etc. Die doppelten Abzüge in der gesetzlichen Krankenversicherung (Arbeitgeber- und Arbeitnehmer-Anteil) sind ungerecht. Sie wurden unter Rot-Grün eingeführt um die Kassen zu entlasten. Wir fordern diese ungerechten Abzüge wieder rückgängig zu machen.

Im Grundgesetz steht, dass das Aufkommen der Vermögensteuer den Ländern zusteht (Artikel 106 Abs. 2 Nr 1). Das Bundesverfassungsgericht entschied, dass die Vermögensteuer nicht mehr festgesetzt werden darf, wenn die Bewertung von Grundvermögen nicht realitätsnah erfolgt, weil dies eine Ungleichbehandlung gegenüber sonstigem Vermögen (z.B. Geld oder Aktien) darstellt. Statt das Vermögensteuergesetz nachzubessern, hat man die Vermögensteuer ausgesetzt, was die Reichen noch reicher machte.

Den Armen sagt man nun, es sei kein Geld da. GroKos hätten das längst reparieren können.

Frage: Kommt da noch was oder geht das so weiter?
Antwort:
 SPD: Die SPD hat bereits beschlossen die Vermögenssteuer wiedereinzuführen. Es scheitert aktuell an der CDU.

FDP: Die Freien Demokraten sind nicht an der Bundesregierung beteiligt und können daher auf diese Frage keine Antwort geben.

DIE LINKE: Wir fordern schon lange die Wiedereinführung der Vermögenssteuer. Das hätte der Bundestag schon längst machen können. Wir bleiben da dran. Zudem fordern wir eine zusätzliche Vermögensabgabe für Millionäre. Auch ein höherer Spitzensteuersatz und eine Reform der Erbschaftssteuer streben wir an. In der Corona Krise hat sich gezeigt: Es ist genug Geld vorhanden. Also lassen wir uns davon nicht irritieren, sondern handeln für mehr Steuergerechtigkeit.

Heute (02.02.2021) ist in der Zeitung zu lesen: Minister Altmaier will Tafelsilber des Bundes zu Geld machen - er will prüfen, ob die milliardenschwere Beteiligungen an der



Stopp Altersarmut
 Bündnis gegen Altersarmut
 in Baden-Württemberg

Post/Telekom zu Geld gemacht werden kann. (Zustimmung von FDP Fraktionsvize Theurer). Das erinnert an die handstreichartig erfolgte Teilprivatisierung der gesetzlichen Rentenversicherung durch "Riester" vor 20 Jahren. Für viele ein trauriger "Meilenstein in Richtung "drohende Altersarmut".

Fragen: Folgt nun ein weiterer Schritt in diese (falsche) Richtung?
Liefert nicht die aktuelle Corona-Situation genug Argumente für eine wesentliche Stärkung (keine Schwächung) öffentlich-rechtlicher Dienstleistung (Krankenversorgung, Gesundheitsämter, Pharma usw.)?
Wäre es nicht höchste Zeit, die gesetzliche Rentenversicherung zur ersten Säule der Altersvorsorge zu machen? "Riester" hat keinen Beitrag zur Vermeidung der Altersarmut geleistet.... oder doch?

Antwort:
 SPD: Das wird sicher Thema im bevorstehenden Bundestagswahlkampf werden. Dazu kann ich mich als Landespolitikerin leider nicht äußern.

FDP: Die gesetzliche Rentenversicherung ist eine Säule der Altersvorsorge. Hinzu kommen die betriebliche und die private Altersvorsorge. Diese Instrumente wollen wir stärken.

DIE LINKE: Wir sind gegen eine Privatisierung von Betrieben, die zur Daseinsvorsorge gehören. Wir fordern auch die Reprivatisierung von zum Beispiel Energieversorgern, Krankenhäusern etc. Die Riester-Rente gehört abgeschafft und die gesetzliche Rentenversicherung muss gestärkt werden. Ja die gesetzliche Rentenversicherung muss die erste Säule für eine gesicherte Rente sein. Ergänzt werden könnte sie durch eine, durch die Arbeitgeber finanzierte, Betriebsrente.

Frage: Warum gibt es nicht eine „Altersrente-Pflichtversicherung für alle Selbständigen?
 Z.B. eine gesetzlich verordnete Altersvorsorge. Egal, wie die Pflichtversicherung geregelt wird, ob staatlich oder privat, aber nicht auf freiwilliger Basis.
 Durch einen monatlichen Pflichtbeitrag in die Rentenversicherung während der Selbständigkeit (am Einkommen gemessen) würden später sicher weniger Menschen Grundsicherung beziehen. Leider wollte bisher keine Regierung das Thema „Pflichtbeitrag zur Altersvorsorge“ angehen.

Antwort:
 SPD: Wie bereits in der Beantwortung weiter oben geschrieben, arbeitet die SPD an einer neuen Rentenkonzeption, wo dieser Punkt enthalten ist. Grundsätzlich stimme ich da aber zu.

FDP: Wir verweisen auf die Aussagen oben zur Einbeziehung weiterer Kreise in die gesetzliche Rentenversicherung.



Stopp Altersarmut
 Bündnis gegen Altersarmut
 in Baden-Württemberg

DIE LINKE: Ich habe schon weiter vorne geantwortet, dass wir ein Sozialversicherungssystem wollen in das alle entsprechend ihrer Einkommen einbezahlen, dann hört der Unterschied gesetzlich oder privat versichert endlich auf und alle zahlen ein und haben dann auch einen Anspruch.

Forderungen/Wünsche:

Gleichstellung bei der **Mütterrente!**
 Frauen die vor 1992 Kinder geboren haben, sollen auch drei Rentenpunkte pro Kind erhalten!

Antwort:
 FDP: Wir haben die so genannte Mütterrente im Bereich der gesetzlichen Krankenversicherung, bei der es rückwirkend zu einer besseren Anrechnung von Kindererziehungszeiten gekommen ist, abgelehnt. Durch dieses "Wahlgewinn" werden rückwirkend keine zusätzlichen Kinder geboren, aber es ist sehr teuer und wird langfristig den Rentenanstieg mindern.

DIE LINKE: Auf jeden Fall eine richtige Forderung! Außerdem sollten alle Frauen gleichgestellt werden, egal ob sie während der Kindererziehungszeiten zu Hause waren, Teilzeit oder Vollzeit gearbeitet haben. Teilzeit- oder Vollzeitbeschäftigte erhalten nämlich gekürzte Rentenpunkte.

Die **Beitragsbemessungsgrenze** führt dazu, dass Renten im Höchstfall (der sowieso nie eintritt, weil keiner in seiner Erwerbsbiografie ununterbrochen ein Leben lang Höchstbeiträge zahlt) noch immer weit unter höchstmöglichen Beamtenpensionen liegen. Wer mehr verdient als die Beitragsbemessungsgrenze, hat mit dem Geld, was er darüber verdient, die Möglichkeit eigener Vorsorge und Geldanlage. Wenn behauptet wird, dass die Abschaffung der Beitragsbemessungsgrenze auch zu höheren Renten führt, ist dies richtig. Aber es gibt für alle mehr, weil die Einnahmen der Rentenversicherung auch höher sind.

Antwort:
 FDP: Wegen des Äquivalenzprinzips müssen höhere Beiträge mit späteren höheren Leistungen einhergehen. Es wäre langfristig nichts gewonnen.

Die ab 2021 eingeführte **Grundrente** ist nur eine Verbesserung der Sozialhilfe. Eine Grundrente sollte mindestens 1.500 Euro betragen. Und die Grundrente sollte nach der Anzahl der gearbeiteten Monate berechnet werden und nicht nach der Höhe der eingezahlten Beiträge.



Ferner darf sie nicht mit anderen Einkommen verrechnet werden (Beispiel Ehepartner). Die Finanzierung dieser Rente muss durch den Wegfall der Beitragsbemessungsgrenze erfolgen.

Antwort:

FDP: Wir haben die Grundrente abgelehnt. Sie ist ein Systembruch in der gesetzlichen Rentenversicherung, die auch nicht prüft, ob tatsächlich eine echte Bedürftigkeit vorliegt. Durch willkürliche Grenzen schafft sie weitere Ungerechtigkeiten.

Fragen zu Bildung/Chancengerechtigkeit:

Ich hörte, dass unsere Regierung sich darüber Gedanken macht, die Telekom-Aktien, welche der Bund als Bundesbeteiligung hält, zu veräußern und somit zu versilbern.

Die Digitalisierung und die hohen Anforderungen an eine gute Infrastruktur, um allen Bürgern und auch unseren Kindern einen schnellen Internet Zugang zu ermöglichen, würde aber auch zur Folge haben, durch einen Verkauf diesen Einfluss und die Steuerung aufzugeben.

Die Politik hätte hier eine Mitverantwortung, ihre Aktien-Anteile zu nutzen, um hier auch einen erheblichen Einfluss auszuüben.

Frage: Was unternehmen die politischen Parteien, um hier signifikante Ergebnisse zu schaffen?

Antwort:

SPD: Auch hier ist die Bundespolitik gefragt. Ich kann das aktuell aus der Sicht der Landespolitik nicht beantworten. Ob der Bund das vor hat kann ich nicht bestätigen.

FDP: Wir Freien Demokraten wollen die Gigabitgesellschaft und Glasfaseranschlüsse für alle Haushalte, die dies wünschen. In einem eigenen Digitalisierungsministerium wollen wir die Aufgaben bündeln und so für den nötigen Schub sorgen. Hierzu zählen auch geeignete Förderprogramme

DIE LINKE: Die Versorgung mit Technologien und deren Infrastruktur gehört für uns zur Daseinsvorsorge und muss in die Hand der Öffentlichen Versorgung der Bevölkerung. Es ist richtig, die Regierungen müssen Einfluss nehmen können.

Wir kämpfen seit Jahren darum, dass alle Bereiche der Daseinsvorsorge in Öffentlicher Hand bleiben oder zurückgeholt werden, wenn sie schon veräußert wurden.

Im Vergleich zu unseren Europäischen Nachbarn hinkt Deutschland in der Digitalisierung massiv hinterher.



Stopp Altersarmut
 Bündnis gegen Altersarmut
 in Baden-Württemberg

Frage: Welche Maßnahmen werden seitens der Politik unternommen und welche konkrete Einflussnahme wird hier getätigt, damit unserem Digitalisierungsnotstand in Deutschland schnellstens Abhilfe geschaffen wird?

Antwort:
 SPD: Ausbau der Netzinfrastruktur ist die Grundvoraussetzung. Hier wurde in den letzten Jahren zu wenig investiert.

FDP: Wir Freien Demokraten wollen die Gigabitgesellschaft und Glasfaseranschlüsse für alle Haushalte, die dies wünschen. In einem eigenen Digitalisierungsministerium wollen wir die Aufgaben bündeln und so für den nötigen Schub sorgen. Hierzu zählen auch geeignete Förderprogramme

DIE LINKE: Wir brauchen ein Land-Bund-Programm, um ein einheitliches, landesweites, digitales Schulverwaltungs- und Lernsystem einzurichten und um Schüler*innen sowie Lehrkräften zur Nutzung der Lernplattform ein kostenfreies digitales Endgerät zur Verfügung zu stellen. Wir fordern auch einen Investitionsrat ein, der sich aus Vertreter*innen der Wirtschaft, Gewerkschaften und der Zivilgesellschaft zusammensetzt und eine Strategie und Umsetzungsschritte schnellstens ausarbeitet.

Frage: Wäre es nicht sinnvoll das Schulsystem für unsere Kinder an die heutige Situation anzupassen?

Antwort:
 SPD: Wir sind als SPD für ein Bildungssystem ohne soziale Trennung, z.B. die Gemeinschaftsschulen in Baden-Württemberg, unter grün-rot in der Legislaturperiode 2011 bis 2016 eingeführt. Leider verhindern CDU und FDP eine Schule für alle. Die soziale Herkunft bestimmt vor allem in unserem Bundesland noch immer die Schulform, das will die SPD ändern.

FDP: Baden-Württemberg hat nach dem Leitsatz in Artikel 11 Absatz 1 der Landesverfassung gehandelt und ein vielfältiges, differenziertes und leistungsorientiertes Bildungsangebot geschaffen. So kann jeder Einzelne diejenige Schule finden, die zu ihm passt und ihm die besten Berufs- und Lebenschancen eröffnet. Wir Freie Demokraten setzen uns deshalb für den Erhalt unseres vielfältigen und differenzierten Schulwesens ein. Ein Einheitsschulsystem, aber auch ein zwangsweise verordnetes Zwei-Säulen-System, das nur noch zwei weiterführende Schularten wie beispielsweise das Gymnasium einerseits und die Gemeinschaftsschule andererseits kennt, bedeutet nach unserer Auffassung das Aus für erfolgreiche Schularten wie die Haupt-/Werkrealschule, die Realschule oder die beruflichen Vollzeitschulen. Wir sind überzeugt, dass dadurch Chancen in erheblichem Umfang zunichtegemacht würden. Es ist sicherlich kein Zufall, dass mit Sachsen, Bayern und



Stopp Altersarmut
 Bündnis gegen Altersarmut
 in Baden-Württemberg

Thüringen drei Länder bei den bundesweiten Schülerleistungsvergleichen insbesondere in den Naturwissenschaften und Mathematik erstklassig abschneiden, die über ein gegliedertes und differenziertes Bildungssystem verfügen. Dabei betonen wir unser Bekenntnis zur Durchlässigkeit des Bildungssystems: kein Abschluss ohne Anschluss.

DIE LINKE: Auf jeden Fall wäre das sinnvoll. Solange es immer noch Parteien gibt, die am dreigliedrigen Schulsystem festhalten wollen, die Befürwortungen bevorzugen wird weiter gestritten werden. Wir sollten uns davon leiten lassen was wirklich der beste Zugang zu Bildung für alle Kinder gleichermaßen bietet. Bildung darf nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen.

Kinder von selbstständigen alleinerziehenden Müttern:
 Mit 18 Jahren läuft der Unterhaltsvorschuss für Jugendliche aus!
Frage: Wie soll eine Alleinerziehende da noch einen höheren Schulabschluss, geschweige denn ein Studium ermöglichen?

Antwort:
 SPD: Die SPD unterstützt die Teilzeitausbildung für junge Mütter. Das Programm ist erfolgreich und sollte ausgeweitet werden.

FDP: Bis Juni 2017 gab es den Unterhaltsvorschuss nur bis zum 12. Lebensjahr. Der normale Unterhaltsanspruch besteht weiterhin. Wir wissen, dass dieser nicht immer realisiert werden kann. Wir weisen auf die Möglichkeit des BAföG hin.

DIE LINKE: Wir brauchen ein Eltern-unabhängiges Bafög, das nicht zurückgezahlt werden muss.

Forderungen/Wünsche:

Bildungsgerechtigkeit erreicht man am besten mit einer generellen Lernmittelfreiheit, kostenlosem ÖPNV für Schüler/Studenten, Ganztageschulen mit Vollverpflegung und guter Betreuung.
 Und: Jede*r Schüler*in bekommt einen Laptop, mit Zubehör und Reparaturservice!

Antwort:
 FDP: Es sind vielfältige Wünsche bei denen die Frage der Finanzierung gestellt werden darf.



Stopp Altersarmut
 Bündnis gegen Altersarmut
 in Baden-Württemberg

Bei sozial schwachen Familien kommt es auch schon einmal vor, dass in den Monaten - in der eine Familie klamm ist – und der Kita-Beitrag nicht bezahlt werden kann, aus Scham das Kind bis zur Zahlungsfähigkeit nicht zur Kita gebracht wird.

Wenn ich die Statements zu "kostenfreie Kitas" höre, frage ich mich, wieso Politiker*innen so schlecht informiert sind und aus Versehen mit einer Kampagne die Mittel- und Oberschicht entlasten möchten? Familien mit geringem Einkommen bezahlen keine Kita-Gebühren! Es gibt "wirtschaftliche Jugendhilfe" für Bezieher*innen von Wohngeld oder Hartz IV. Darauf wird man hingewiesen, wenn man ein Bewilligungsschreiben erhält. Der Antrag wird bei der Stadt gestellt und ist unkompliziert. Kostenfreie Kitas entlasten folglich die, die es sich eigentlich leisten können.

Antwort:

SPD: Die gebührenfreie Kita ist keine Entlastung von Mittel- oder Oberschicht sondern ein Bekenntnis zur Kita als Bildungseinrichtung. Sonst müsste Mittel- und Oberschicht ja auch Gebühren in der Grundschule entrichten. Bildung muss kostenlos sein, von der Kita bis zur Uni oder zum Meister.

FDP: Die Freien Demokraten unterstützen die Förderung nach unentgeltlichem Besuch einer Kita ausdrücklich nicht.

DIE LINKE: Wäre es nicht besser, wenn die Reichen in unserem Land mehr Steuern bezahlen und dieses Geld dann für die kostenfreie Kita verwendet werden würde? Dann würden alle dafür bezahlen, egal ob sie Kinder haben oder nicht. Diejenigen, die wenig verdienen oder Hartz IV beziehen wären dann auch entlastet, da sie ja keine Steuern bezahlen. Bildung für Kinder geht uns alle an und nicht nur die, die Kinder haben.

Fragen zu Bezahlbarer Wohnraum und Wohnraummangel:

Wir reden immer über fehlenden Wohnraum gerade für die Ärmsten und für die Obdachlosen.

Frage: Warum hat man die gut eingerichteten Wohncontainer nicht erhalten?

Diese wären doch viel besser geeignet, als die Leute auf der Straße zu lassen.

Antwort:

SPD: Diese Frage kann ich leider nicht beantworten, weil ich nicht weiß wo regional solche Container stehen.

FDP: Wir können auf ein differenziertes Hilfesystem für Obdachlose und von



Stopp Altersarmut
 Bündnis gegen Altersarmut
 in Baden-Württemberg

Obdachlosigkeit bedrohten Menschen stolz sein. Leider werden die Hilfen teilweise gar nicht angenommen.

DIE LINKE: Jede Unterkunft, die auch die Privatsphäre schützt ist besser als die Straße. Die Gemeinden müssen genügend Wohnraum zur Verfügung stellen und dabei finanziell durch das Land entlastet werden.

Fragen zu Gute Arbeit:

Was versteht man unter guten Löhnen? Wenn eine Reinigungskraft im Krankenhaus bei der „Mutter“ knapp 17€ verdient und die andere bei der Servicegesellschaft gerade mal 11€ verdient, bei gleicher Arbeit?

Frage: Wie schafft es die Politik, die Service Gesellschaften in den Krankenhäusern zur „Mutter“ zurückzuführen? Denn Sie verdienen knapp ein Drittel weniger als die Kolleg*innen bei gleicher Arbeit.

Antwort:
 FDP: Es gibt Begrenzungen der Arbeitnehmerüberlassung.

DIE LINKE: Gute Arbeit bedeutet gute Arbeitsbedingungen und gute Löhne. Für uns gehört die Reinigungskraft genauso zum Krankenhaus wie die Krankenschwester oder der Arzt. Gleiche Arbeit muss auch gleich bezahlt werden. Ein erster Schritt wäre die Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen. Dann müssten auch die Servicegesellschaften und nicht tarifgebundenen Krankenhäuser den Tarif im öffentlichen Dienst bezahlen. Gegen die Ausgliederung von Reinigungskräften, Wäschereien, Küchen muss breit öffentlich mobilisiert werden. Gesundheit und alles was damit zusammenhängt ist ein Teil unserer Daseinsvorsorge.

Gute Arbeit bedeutet: Dauervertrag, in Vollzeit, nach Möglichkeit bei gleichem Arbeitgeber über Jahre, gute Bezahlung – so meine Vorstellung von „guter Arbeit“. Deshalb wäre es aus meiner Sicht höchste Zeit, gerade jetzt, wo wir merken wer in diesem Land systemrelevant ist, eine Art Umkehr der Löhne. Pfleger*innen, die Corona-Patienten pflegen, haben mehr verdient, als etwas über dem Mindestlohniveau. Sonntagsreden reichen hier nicht und Applaus ist zu wenig!

Frage/n: Wann wird das endlich umgesetzt? Wann gibt es endlich eine gute personelle Ausstattung im Bereich Krankenhäuser und Altenpflege? Bei den Krankenkassenbeiträgen ist die Versorgung in den Krankenhäusern nicht ok, das liegt nicht am Personal, sondern am Personal das fehlt! Wann ändern Sie das?



Stopp Altersarmut
 Bündnis gegen Altersarmut
 in Baden-Württemberg

Antwort:

SPD: Auch das hier ist eine bundespolitische Frage die ich als Landespolitikerin so nicht beantworten kann. Eine Personalmindestquote gibt es ja bereits, kann aber an vielen Orten aufgrund der Personalknappheit nicht umgesetzt werden. Dies führt in Krankenhäusern teilweise zur Ablehnung von Patienten. Ansonsten wurde auf Bundesebene gerade ein bundeseinheitlicher Pflegemindestlohn festgesetzt.

Was die Fachkraftquoten etc. angeht ist auch dies in der aktuellen Bundespolitik Thema, u.a. in der Konzentrierten Aktion Pflege.

FDP: Es gibt neue Regelungen zum Mindestpersonal. Im Übrigen ist es Angelegenheit der Tarifvertragsparteien, über die konkreten Ausgestaltungen Einvernehmen zu erzielen.

DIE LINKE: Wir fordern schon lange 100.000 Pflegekräfte mehr. Ein bisschen hat sich jetzt während der Corona-Pandemie geändert (Fallpauschalen sind nicht mehr die Grundlage für Personalzahlen). Ob das anhält ist fraglich. Wir fordern auch die Abschaffung der Fallpauschalen, damit Krankenhäuser nicht nach Profitmaßstäben arbeiten müssen. Für uns ist Gesundheit keine Ware, sondern notwendige Daseinsvorsorge.

Frage: Wie stehen Sie dazu, dass es gerade im sozialen Bereich noch immer Tätigkeiten gibt, zum Beispiel Fahrdienste, die auf Basis des gesetzlichen Mindestlohns (aktuell 9,50 Euro) bezahlt werden?

Antwort:

SPD: Hängt von den Trägern ab. Oftmals werden die Fahrdienste ausgeschrieben und derjenige mit den geringsten Kosten bekommt den Zuschlag. Da die Auftraggeber oftmals die Kommunen sind, müssten die hier andere Kriterien ansetzen.

FDP: Es gibt in vielen Bereichen niedrige Löhne. Es ist Angelegenheit der Tarifvertragsparteien, die Entgelte zu verhandeln.

DIE LINKE: Wir fordern schon lange 100.000 Pflegekräfte mehr. Ein bisschen hat sich jetzt während der Corona-Pandemie geändert (Fallpauschalen sind nicht mehr die Grundlage für Personalzahlen). Ob das anhält ist fraglich. Wir fordern auch die Abschaffung der Fallpauschalen, damit Krankenhäuser nicht nach Profitmaßstäben arbeiten müssen. Für uns ist Gesundheit keine Ware, sondern notwendige Daseinsvorsorge.



Stopp Altersarmut
 Bündnis gegen Altersarmut
 in Baden-Württemberg

Fragen zu Pflege:

Aus eigenem Erleben: Um einen Heimplatz zu bezahlen reichen eine Altersrente und eine evtl. Hinterbliebenenrente, sowie diverse priv. Versicherungen nicht aus. Man muss immer einen hohen Betrag draufzahlen. Das ist schwer für jemanden, der ein Leben lang gearbeitet hat und auch die Rente des Partners nicht ausreicht. Wie kann es sein, dass Pflege so überteuert ist? Und bei der teuren Monatszahlung (*Eigenanteil*), dann nicht einmal genügend Personal in den Heimen vorhanden ist. Das ist schlicht eine Frechheit und kann so auf Dauer nicht weitergehen. Die Alten haben das Land nach dem Krieg aufgebaut und können sich nun nicht einmal die Pflege im Alter leisten.

Frage: Wie wollen Sie das ändern?

Antwort:

SPD: Durch eine Pflegevollversicherung.

FDP: Es wird vielfach gefordert, die Arbeit im sozialen Bereich höher zu vergüten. Es gab den Wunsch nach Einzelzimmern. Diese qualitativen Verbesserungen gehen mit höheren Preisen einher. Wir können stolz darauf sein, dass auch bei Bezug von Leistungen der Hilfe zur Pflege nach dem SGB XII ein Wunsch- und Wahlrecht besteht. Mit dem Angehörigenentlastungsgesetz wurde geregelt, dass Kinder erst ab einem Einkommen über 100.000 Euro im Jahr zum Unterhalt herangezogen werden. Es ist sinnvoll, privat für den Pflegefall vorzubeugen. Diese steuerliche Förderung sollte ausgebaut werden.

DIE LINKE: Auch die Pflege gehört zur Daseinsvorsorge. Diese muss durch den Staat gewährleistet sein. Wenn also behauptet wird, dass es kein Geld dafür gibt, so hat Corona gezeigt, dass Geld vorhanden ist. Wenn also die Rente nicht reicht dafür muss staatlich aufgestockt werden. Dazu ist es notwendig, dass unser Steuersystem verändert wird und reiche Menschen mehr Steuern bezahlen. Sie sollen ihr Geld nicht in immer mehr Stiftungen anlegen, die keiner staatlichen Kontrolle unterliegen, sondern mehr Steuern in den Staatshaushalt zahlen, damit die Daseinsvorsorge bezahlt werden kann.

Wie sieht es mit uns behinderten Menschen aus? Auch wir rutschen immer mehr in die Armut ab. Ich bin Angestellte und arbeite seit 33 Jahren. Nun brauche ich einen Pflegedienst. Die Pflegeversicherung weigert sich, meinen Pflegegrad zu erhöhen. Daraufhin habe ich Grundsicherung beantragt. Dabei kam als Bescheid, dass ich einen Eigenanteil von 547€ bezahlen muss. Somit bleiben mir monatlich 392€ zum Leben. Das ist nicht machbar. Deshalb musste ich darauf verzichten. Nun pflegt meine Tochter mich. Sie ist aber selbst berufstätig. Ich bin gern bereit einen Eigenanteil zu leisten, aber nicht so viel. Solange ich noch kann würde ich auch gerne auf einen Urlaub sparen oder mal mit Freunden Essen



Stopp Altersarmut
 Bündnis gegen Altersarmut
 in Baden-Württemberg

gehen usw. Das geht aber nicht mit 392€ im Monat.

Frage: Was wird die Landesregierung für behinderte Menschen tun?

Antwort:

SPD: Soviel ich weiß können Sie in diesem Fall Sozialleistungen beantragen. Auch diese Frage ist keine landespolitische, das Land schafft Infrastruktur und der Bund die Finanzierung.

FDP: Den konkreten Einzelfall können wir an dieser Stelle nicht bewerten. Wir treten für ein gutes Angebot ambulanter Pflegeleistungen ein und wollen ambulante Wohnformen voranbringen.

DIE LINKE: Ihr Anliegen ist berechtigt und richtig. Es darf nicht sein, dass Sie im Alter keine Möglichkeit mehr haben aufgrund der Pflege Ihrer Liebsten Geld für den Urlaub zu sparen. Wir setzen uns dafür ein, dass die Kosten für Pflege gedeckelt werden und Betroffene und Angehörige nicht für die immer weiter steigenden Pflegekosten, z.B. auch durch neue Heimverordnungen, aufkommen müssen.